

Atommüllkonferenz

An die Mitglieder der Umweltministerkonferenz
Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Geschäftsstelle der UMK 2020
Mainzer Straße 80
65189 Wiesbaden

23.03.2020



Offener Brief

Aufnahme eines Tagesordnungspunktes für die nächste Umweltministerkonferenz (UMK):

„Umgang mit der Freigabe nach § 29 (alt) / § 31 (neu) der Strahlenschutzverordnung“

Sehr geehrte Frau Ministerin Schulze,
sehr geehrte Frau Ministerin Hinz,
sehr geehrte Damen und Herren Umweltminister*innen,

wir, die unterzeichnenden Gruppen und Organisationen, halten es für dringend geboten, das Thema „Freigabe radioaktiver Stoffe“ auf die Tagesordnung der nächsten Umweltministerkonferenz zu setzen. Dies haben wir Ihnen bereits am 22. Oktober 2019 in unserem ersten Schreiben mitgeteilt. Von der Geschäftsstelle der UMK 2019 wurden wir am 6.11.2019 per E-Mail informiert, dass es für eine Aufnahme in die Tagesordnung zu spät sei, weil die Frist dafür bereits abgelaufen sei.

Wir gehen davon aus, dass unser Schreiben diesmal rechtzeitig eintrifft und die Tagesordnung noch ergänzt werden kann.

Wie Sie sicher alle wissen, gibt es inzwischen bundesweit Kritik an der gesetzlichen Regelung der Freigabe und an der Freigabepraxis. Da die Freigabe nach § 29/§ 31 der Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) in die Zuständigkeit der Atomaufsicht der Bundesländer fällt, wenden wir uns mit unserem Anliegen an Sie und fordern für die nächste UMK im Mai 2020 die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes

„Umgang mit der Freigabe nach § 29 (alt) / § 31 (neu) der Strahlenschutzverordnung“.

Im Folgenden wiederholen wir unsere Begründung (in kursiver Schrift), die wir in unserem Schreiben vom Oktober 2019 vorgebracht haben:

Seit mehreren Jahren - spätestens seit dem vermehrten Abbau von Atomkraftwerken in Deutschland – gibt es intensive Diskussionen in den atomkritischen Teilen der Bevölkerung und in verschiedenen Organisationen, die sich für Umwelt- und Gesundheitsschutz einsetzen. Diese haben zu einer ausführlich begründeten Kritik an der in § 29/§ 31 der Strahlenschutzverordnung geregelten „Freimessung“ geführt.

Die wesentlichen Kritikpunkte sind: Die dafür zugrunde gelegten Daten und Berechnungen sind nicht nachvollziehbar, da Ausgangsbasis und Rechengang nicht offengelegt sind; sie beruhen auf veralteten Annahmen und Daten und entsprechen nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik; die Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung durch radioaktive Strahlung und radioaktive Stoffe, gerade auch im Niedrigstrahlungsbereich, ist zu optimistisch angesetzt und muss neu bewertet werden.

Bereits seit Jahren werden radioaktive Reststoffe aus Atomanlagen nach §29 / § 31 der StrlSchV freigegeben. Aus dem Abbau der Atomkraftwerke - weitere Atomanlagen nicht mitgerechnet - sind in Deutschland mehrere Millionen Tonnen Müll zu erwarten, die als „freigemessene“ Abfälle auf Deponien, in Verbrennungsanlagen und zum allergrößten Teil zur freien Verwertung in die Umwelt verteilt werden sollen und dann nicht mehr rückholbar wären. Prinzipiell sind davon alle Bundesländer betroffen.

Eine weitere Verteilung von radioaktiven Stoffen in die Umwelt darf nicht stattfinden, denn seit Jahrzehnten werden radioaktiv belastete Abfälle als „normaler“ Müll abgegeben, gleichzeitig wurde und wird die Bevölkerung mit radioaktiven Stoffen berieselt, aus den Schornsteinen und Abwasserrohren der Atomkraftwerke, aus Atomunfällen, Atombombenabwürfen und Atomtests.

Die aktuellen gesetzlichen Regelungen zum Umgang mit radioaktiven Abfällen aus Atomanlagen sind nicht geeignet, die Bevölkerung ausreichend vor gesundheitlichen und genetischen Schädigungen zu schützen. Angesichts ständig steigender Krebs- und anderer Erkrankungen muss jeder Faktor, der dazu beiträgt – und dazu gehören auch radioaktive Stoffe – so weit wie möglich reduziert werden. Das in der StrlSchV enthaltene Minimierungsgebot ist erst dann erfüllt, wenn jede Art von Atommüll generell von der Biosphäre abgeschlossen wird.

Die Delegierten des 120. Deutsche Ärztetag haben sich in einer Entschließung gegen die Freigabe gering radioaktiven Atommülls ausgesprochen und vor der Verharmlosung möglicher Strahlenschäden gewarnt. Nach ihrer Auffassung wird „die Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten völlig unnötig und vermeidbar zusätzlichen Strahlenbelastungen ausgesetzt“.

Unsere Forderungen, die wir bei der UMK behandelt sehen möchten, sind:

- ein Moratorium bei der Freigabe von radioaktiven Stoffen aus Atomanlagen; das gesamte Material muss vorerst gesichert am jeweiligen Standort aufbewahrt werden
- Bestandsaufnahme der freigegebenen Mengen seit Beginn der Atomenergienutzung in Deutschland, getrennt nach Deponierung, Verbrennung und freier Verwertung.
- Erarbeitung eines Konzepts zur langfristigen gesicherten Aufbewahrung des insgesamt anfallenden freizugebenden Atommülls statt ihn über das ganze Bundesgebiet zu verteilen
- Einbringen einer Bundesratsinitiative zur gesetzlichen Umsetzung dieses Konzepts.

Wir möchten auch nochmals auf die Studie des Gutachterbüros intac aus dem Jahr 2016 hinweisen, die von IPPNW in Auftrag gegeben wurde. Dort werden konkrete Vorschläge für ein neues Konzept gemacht:

https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Stilllegung_Atommuell/Intac_Neumann_2016_IPPNW-Stellungnahme_AKW-Rueckbau_Freigabe.pdf .

Weiter finden Sie eine kritische Betrachtung der Freigaberegulungen in der Stellungnahme des BUND zum Entwurf des Strahlenschutzgesetzes aus dem Jahr 2017 (Kapitel 6 Begründung der Forderung XII „Aufhebung der aktuellen Freigaberegulungen“):

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/atomkraft/atomkraft_strahlenschutzgesetz_stellungnahme.pdf .

Wir bitten um Information über die weitere Behandlung unseres Anliegens.

Mit freundlichen Grüßen,

Aachener Aktionsbündnis gegen Atomenergie (AAA)

Aarhus Konvention Initiative

Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn

Aktionsbündnis für verantwortungsvollen AKW-Rückbau – Cuxland

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen

Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich

AK.W.Ende Bergstraße

Anti Atom Berlin

AntiAtom-Bündnis Niederrhein

Anti-Atom-Bündnis Schaumburg / AK regenerative energie region schaumburg

Anti-Atom-Gruppe Freiburg

Anti-Atom-Initiative Göttingen

Anti-Atom-Initiative Karlsruhe

AntiAtomnetz Trier

Anti_Atom_Plenum Köln

Arbeitsgemeinschaft AtomErbe Neckarwestheim
Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.
Arbeitskreis Atom des BUND-Landesverbands Schleswig-Holstein
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Schüttorf
Arbeitskreis Wesermarsch (Regionalkonferenz der BIs Umweltschutz)
Asse II Koordinationskreis (A2K)
Atomerbe Biblis e.V.
aufpASSEn e.V.
.ausgestrahlt
Bayern Allianz für Atomausstieg und Klimaschutz (BAAK)
Bendorfer Umweltinitiative
BUND Bundesverband
Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar (BBMN) e.V.
BUND Kreisgruppe Borken
BUND Kreisgruppe Cuxhaven
BUND Kreisgruppe Emsland
BUND Kreisgruppe Osterholz
BUND Kreisgruppe Steinburg
BUND Kreisgruppe Steinfurt
BUND Regionalgruppe Münsterland
BUND Unterweser e.V.
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V.
Bündnis für Atomausstieg Landshut
Bündnis für Atomausstieg und erneuerbaren Energien (BüfA) Regensburg
Bündnis für die „Sichere Verwahrung von Atommüll in Baden-Württemberg“
Bündnis gegen Castor-Exporte
Bürgeraktion Umweltschutz Zentrales Oberrheingebiet (BUZO) e.V.
Bürgerinitiative AntiAtom Ludwigsburg
Bürgerinitiative Atommülldeponie Käseburg
Bürgerinitiative Driftsethe gegen Deponien
Bürgerinitiative gegen atomare Anlagen Weiden-Neustadt/WN BI WAA NAA
Bürgerinitiative GegenGift Heilbronn/UnterLand
Bürgerinitiative Harrislee
Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ e.V.
Bürgerinitiative Morsleben
Bürgerinitiative Müll und Umwelt Karlsruhe e.V.
Bürgerinitiative „Naturschutz Worpsswede“
Bürgerinitiative STOPPT TEMELIN
Bürgerinitiative StrahlenSchutz (BISS) Braunschweig e.V.
Bürgerinitiative StrahlenSchutz (BISS) Leese
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.
Bürgerinitiativen gegen das AKW Mülheim-Kärlich

ByeByeBiblis – Energiewende in der Region e.V.
Don't nuke the climate
e-ventschau e.V. & Organisator*innen der e-ventschau
Elternverein Restrisiko Emsland e.V.
Fossil Free Karlsruhe
Friedberger Aktionsbündnis Querstellen gegen Atom- und Kohlekraft
Gesellschaft für Strahlenschutz e.V.
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Grün Alternative Liste (GAL) Gronau e.V. (parteionabhängig)
Initiative AtomErbe Odrigheim
Initiative Brokdorf-akut
Initiative „Langen gegen Atomkraft“
Interessengemeinschaft Deponien Schwieberdingen-Horrheim
Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs / Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW)
Karlsruher Bündnis gegen neue Generationen von Atomreaktoren
Kieler Initiative gegen Atomanlagen
KLAR! e.V. – Kein Leben mit atomaren Risiken!
Klimaforum Detmold
Landesarbeitskreis Atom des BUND-Landesverbandes NRW
Landesarbeitskreis Energie des BUND Sachsen-Anhalt e.V.
Lokale Agenda 21, Gronau
Lüneburger Aktionsbündnis gegen Atom
MAUS e.V. Trier – Messen für Aktiven UmweltSchutz
Mütter gegen Atomkraft e.V.
Natur- und Umweltschutzverein Gronau (NUG) e.V.
NaturFreunde Deutschlands
NaturFreunde Sachsen-Anhalt e.V.
SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster
Stop Tihange Deutschland e.V.
Strahlentelex
Südwestdeutsche Anti-Atom-Initiativen
Ulmer Ärzteinitiative, Regionalgruppe der IPPNW
Umweltgruppe Wiedensahl
Umweltgewerkschaft e.V.
Umweltgewerkschaftsgruppe Lübeck
Umweltinstitut München e.V.
Unabhängige Wählergemeinschaft Worpswede
Vahlberger Asse Aktivisten
Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte in Nordwürttemberg
Wolfenbütteler Atomausstiegsgruppe (WAAG)